Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum).
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.

Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 584. **Freitag** den 18. November 1898. **92. Jahrgang.**

Recrutirungssystem und ländlicher Arbeitermangel.

Der Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitern, wohl keinem deutschen Gebietstheile fremd, wird im östlichen Preußen besonders hart empfunden. Dort hat sich ein starker Zug nach dem Westen schon bemerkbar gemacht, ehe die Industrie mit der durch ihre augenblickliche Blüthe hervorgerufenen außerordentlichen Nachfrage an den Arbeitsmarkt herantrat. Wie sie, übt auch die Landwirthschaft westlich der Elbe auf die nichtbesitzende ländliche Bevölkerung des Ostens seit langer Zeit eine große Anziehungskraft aus. Der Staat hat durch directe Errichtung und ausgedehnte Förderung der Auslegung von Rentengütern dem Uebel zu steuern begonnen, aber die Wirkung dieses Mittels macht sich seiner Natur nach und vielleicht auch, weil der Großgrundbesitz die staatlichen Bemühungen nicht gerade eifrig unterstützt, nur langsam geltend. Die Leutenoth wächst und hat jetzt den Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirthe das Verlangen eingegeben, die Regierung solle die dauernde Seßhaftmachung russisch-polnischer Arbeiter für den Fall gestatten, daß sie nicht bessere Maßregeln zur Lösung der Arbeiterfrage zu ergreifen im Stande sei. Ein dem demnächst zu seiner Generalversammlung zusammentretenden ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralvereine vorliegender Antrag erhebt diese Forderung sogar bedingungslos.

Die preußische Regierung scheint entschlossen, in diesem Puncte fest zu bleiben, und sie muß es, wenn sie sich ihrer höchsten Aufgaben bewußt bleibt. Die Erlaubniß zur dauernden Niederlassung von Polen im Osten würde nicht mehr und nicht weniger als die Organisation der Verdrängung der deutschen Arbeiter im Westen zu bedeuten haben. Für den Osten übt die jetzige vorübergehende Zulassung der Polen schon diese Wirkung aus. Der Pole vertreibt den Deutschen, weil er diesen vermöge seiner niedrigeren Lebenshaltung zu unterbieten vermag, zum Theil aber auch, weil er selbst bei gleichen Lohnsätzen als der weniger selbstbewußte Mensch dem Gutsherrn vielfach genehmer ist. Dürfen sich die slawischen Wellen über das Land ergießen, ohne daß die jetzt — einigermaßen wenigstens — bewirkte Zurückströmung eintritt, so wird nach der Vertreibung der deutschen Arbeiter im Osten dieser eine Etappe für das polnische Element bilden, von der aus es stetig nach Westen vordringt, im Osten Lücken öffnend, die wieder von Polen ausgefüllt werden. Dieser Proceß ist schon jetzt im Gange. Wie weit er gediehen, läßt sich nicht genau bestimmen, da es — drei Jahre nach der letzten Volkszählung — an einer Statistik über die Durchsetzung unserer Bevölkerung mit Fremden fehlt. Der vorgeschlagene Weg ist also ungangbar. Indessen haben ihn die Landwirthe in Ostpreußen auch nicht durchweg an erster Stelle ins Auge gefaßt. Sie glauben eine geeignetere Maßregel zu kennen und diese besteht in einer Aenderung des Recrutirungssystems. In der Aushebung zur Garde erblickt man nämlich eine Hauptursache des Arbeitermangels. Die Leute, so wird gesagt, kehren nur selten nach Litauen und Masuren zurück, und der Nachwuchs der Berliner, Breslauer und Hamburger Socialdemokratie, aus der sich die Infanterie der ostpreußischen Garnisonen ergänze, bleibe nicht in der Provinz. Mag bei dieser Kennzeichnung der Zusammensetzung der Infanterieregimenter vielleicht eine Uebertreibung unterlaufen, der Beschwerde über die Aushebung zur Garde schenken wir vollen Glauben, weil die Einziehung der jungen Leute vom Lande in großstädtische Garnisonen überall die Wirkung hat, einer großen Anzahl derselben die Rückkehr auf das Dorf zu verleiden. Es brauchen sich gar nicht Extreme wie der besonders verlockende Aufenthalt in den Gardegarnisonen Berlin und Potsdam und die Lebensweise in den nicht verlockenden Landstrichen Masuren und Litauen gegenüber zu stehen, in ganz Deutschland wiederholt sich alljährlich unzählige Male die Erscheinung, daß die Sirene Großstadt den ausgedienten Dörfler nicht mehr losläßt.

Hier liegt eine Frage vor, der näher zu treten es in dem für alle Zeiten auf die allgemeine Wehrpflicht und eine gründliche militairische Ausbildung seiner jungen Leute angewiesenen deutschen Reich nachgerade Zeit wird. Wir sind weit entfernt, den Aufenthalt in den Städten für verderblich und die Landbewohner für besser als die Städter zu halten. Aber wer Stadt und Land kennt, wird nicht bestreiten, daß der echte und der falsche Glanz der Häusermeere — namentlich der falsche — den Dörfler für das ländliche Leben und die ländliche Arbeit nur allzu leicht verdirbt, vor Allem den unbemittelten. Der ausgediente Soldat, der einen gewissen Wohlstand im Vaterhause kennen gelernt hat und dem später ein Besitzthum winkt, kehrt in die Heimath zurück, besitzt einen Maßstab für die städtische Glückseligkeit und läßt sie, obwohl er mehr von ihr kosten kann als der nichtbesitzende Kamerad, nicht so leicht blenden wie dieser, den die Scheingenüsse festhalten. Nun aber stehen wir vor der eigenthümlichen Erscheinung, daß derselbe Staat, der die größten Anstrengungen zur Beseitigung der ihm lebensgefährlich erscheinenden landwirthschaftlichen Nothlage macht, alljährlich viele Hunderte von jungen Männern dem Leben auf dem Lande zwangsweise entfremdet, also die am reichlichsten sickernde Quelle des landwirthschaftlichen Uebels künstlich erweitert. Und dies ohne Noth. Es wird Niemand der Militairverwaltung ansinnen, die großen Städte von Truppen zu entblößen oder gar die Garisonen auf das flache Land zu verlegen, aber die Ansammlung von Soldaten in den Centren, wie sie heute besteht, entspricht bei unseren Verkehrsmitteln keinem militairischen oder sonstigen Bedürfnisse. Selbstverständlich läßt sich eine Umkehr aus vielen Gründen nicht von heute auf morgen bewerkstelligen, und wenn man auch Hunderte von Millionen Mark nicht für zu viel erachtet, um den socialen Körper vor dem Schaden der unnöthigen und man darf sagen obligatorischen Erfüllung von Dorfsöhnen mit krankhafter Großstadtsehnsucht zu bewahren, so wird man sich doch bescheiden müssen. Aber wo es sich um Neubauten von Casernen handelt, könnte schon jetzt ein praktischer Anfang zur stärkeren Heranziehung der kleineren Städte gemacht oder doch wenigstens die Militairverwaltung zu ernstem Nachdenken über dieses hochernste Thema vermocht werden.

Deutsches Reich.

⚖ **Berlin**, 17. November. (Die Anarchistenconferenz und die bürgerlichen Parteien.) In der nächsten Woche beginnt die Conferenz gegen die anarchistischen Umtriebe ihre Berathung. Wenn Lord Salisbury von den praktischen Ergebnissen der Conferenz nicht allzuviel erwartet, so hat der erfahrene Staatsmann jedenfalls insofern Recht, als auch bei völligem Einvernehmen der Conferenz die Aufgabe, die Anarchisten wirksam zu bekämpfen, doch nur theilweise gelöst werden kann. Es können Vereinbarungen über die Ueberwachung der Anarchisten, über die Ausweisung, über die Aufhebung des Asylrechtes getroffen werden. Die Hauptaufgabe aber liegt in der Gesetzgebung innerhalb der einzelnen Staaten, denn wenn auch der Anarchismus theoretisch international ist, so besteht doch in den einzelnen Staaten — von England und der Schweiz abgesehen — das Gros der Anarchisten aus Staatsangehörigen. Zu einer wirksamen Gesetzgebung innerhalb der Staaten aber ist die Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien erforderlich. Es empfiehlt sich deshalb nicht, für den Anarchismus, wie es die „Kreuzzeitung" thut, den Liberalismus und die Wissenschaft „mittelbar" verantwortlich zu machen. Damit kann nur erreicht werden, daß von der Gegenseite wiederum diejenigen der „Kreuzztg." nicht fernstehenden Kreise „mittelbar" verantwortlich gemacht werden, deren unerträglicher Hochmuth in den social unter ihnen stehenden Personen kaum noch Menschen anerkannt und dadurch leidenschaftliche Erbitterung erregt. Bei einem derartigen Streite zwischen den bürgerlichen Parteien reibt sich der Anarchismus vergnügt die Hände. Es dürfte deshalb praktischer sein, statt in den einzelnen Staaten fruchtlose, tendenziöse Hypothesen darüber anzustellen, wer an der Entstehung des Anarchismus Schuld trägt, lieber zu überlegen, wie man die nun einmal vorhandene gefährliche Erscheinung am wirksamsten und nachhaltigsten bekämpft.

f. **Berlin**, 17. November. (Schwabenstreiche.) Unter der vorstehenden Spitzmarke beleuchteten wir am 30. September dieses Jahres den Anfang einer kritischen Betrachtung über den Fürsten Bismarck, die der „Beobachter", ein Volksblatt aus Schwaben, unter der Ueberschrift „Cavour und Bismarck" zu veröffentlichen eben begonnen hatte. Da die Lectüre des „Beobachters" nicht zu den Genüssen zählt, die wir uns regelmäßig gestatten, ist es uns bisher entgangen, daß der Verfasser jener Betrachtung über unsere Bemerkungen sehr zornig geworden ist und im „Beobachter" vom 5. November dieses Jahres seinem Grolle Luft gemacht hat. Wenn er uns bei dieser Gelegenheit oberflächliche Junker oder Junkerfreunde nennt, uns Verletzung der Pflicht des einfachsten Anstandes vorwirft, weil wir den ersten seiner Artikel kritisirten, ohne das Erscheinen der ganzen Serie abzuwarten; wenn er uns für unsterblich blamirt erklärt, weil wir von dem „ungenannten Verfasser" des damals erschienenen ersten, thatsächlich nicht unterzeichneten Artikels redeten, während der letzte Artikel der Serie mit seinem vollen Namen unterzeichnet sei; wenn er uns dreiste und perfide Unterstellung zum Vorwurf macht, weil wir aus einer seiner Behauptungen eine logische Schlußfolgerung zogen, — so halten wir dieses Alles und noch einiges Andere den Wallungen seines kochenden Geblüts um so lieber zu gute, je hinfälliger seine sachlichen Einwendungen gegen unsere Kritik sind. Wer das Emporsteigen Bismarck's vom Parteimann zum Staatsmann einfach auf Oesterreich zurückführt, dessen Feindseligkeit ihn „geradezu gezwungen habe, einen anderen Ideengang einzuschlagen", der zeigt sich von der Anschauung beherrscht, daß jeder beliebige preußische Bundestagsgesandte von Oesterreich auf den „anderen" Ideengang sich hätte zwingen lassen müssen. Anstatt diese logische Schlußfolgerung eine dreiste und perfide Unterstellung zu nennen, hätte der Gewährsmann des „Beobachters" seinen verfehlten Ausdruck zurücknehmen sollen, wenn es ihm wirklich nicht eingefallen ist, „solchen Unsinn zu behaupten." Wer ferner die falsche Behauptung des ersten Artikels: die unvollständige Einigung Italiens habe Bismarck den Weg vorgezeichnet, den er zu gehen hatte —, dadurch retten zu können meint, daß er im letzten Artikel der Serie schreibt, Bismarck's Genie zeigte sich darin, „daß er das italienische Vorbild nicht sclavisch nachahmte, sondern den deutschen Verhältnissen anpaßte" —, der irrt sich. Von einem „Vorbild" in diesem Sinne ist aber nicht zu sprechen, geschweige denn von einem „vorgezeichneten Wege"; denn Bismarck hat mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht aufgeräumt wie Cavour mit den italienischen, er hat Deutschland nicht dank der Unterstützung Napoleon's, deren Cavour sich bediente, geeinigt, er hat daher auch nicht, wie Cavour, Napoleon durch Landabtretungen zu belohnen brauchen. Letztere entschuldigt der Gewährsmann des „Beobachters" jetzt mit dem Hinweise, Savoyen und Nizza seien kein italienisches Land der Sprache nach! Ob die Italiener selbst auf diesen Trost schon verfallen sind, wissen wir nicht. Wäre es nicht geschehen, so wäre die Entdeckung des Gewährsmannes des „Beobachters" geeignet, auch jenseits der Alpen das Interesse für „Schwabenstreiche" zu beleben; der Urheber der in Rede stehenden heißt übrigens — um ihn nicht länger auf die Folter zu spannen — Dr. Otto Hartmann.

* **Berlin**, 17. November. (Schiffsbauten und -Armirungen.) Auf Grund des Gesetzes vom 10. April 1898, betreffend die deutsche Flotte, sowie nach Abrechnung der bereits im Jahre für Erweiterung der Flotte verbrauchten Mittel würden auf jedes der Jahre 1899 bis 1903 durchschnittlich 61 077 000 ℳ für Schiffsbauten und Schiffsarmirungen und 8 841 670 ℳ für sonstige einmalige Ausgaben entfallen. Für 1899 sollen indessen, Blättermeldungen zufolge, für Schiffsbauten und -Armirungen nur 56 655 000 ℳ und für sonstige einmalige Ausgaben der Marine 7 840 500 ℳ angefordert werden. Unter den Ausgaben für Schiffsbauten und -Armirung befinden sich die letzten Raten für den großen Kreuzer „Fürst Bismarck" („Ersatz Leipzig"), für das Linienschiff „Kaiser Wilhelm II." („Ersatz Friedrich der Große"), sowie für die Kanonenboote „Ersatz Wolf" und „Ersatz Habicht", endlich für eine Torpedoboots-Division, bezüglich welcher zu bemerken ist, daß mit Rücksicht auf das leichte Kentern der bisherigen kleineren Torpedoboote bei schwerer See in Zukunft die Torpedoboots-Divisionen statt wie bisher aus einem größeren Boote (Divisionsboote) und acht kleineren Booten aus sechs gleichen Booten etwa von der Größe der bisherigen Divisionsboote bestehen sollen. Für das Linienschiff „Ersatz König Wilhelm" wird die dritte, für zwei Linienschiffe A und B, einen großen Kreuzer A, und zwei kleine Kreuzer A und B die zweite Rate in Betracht kommen, während mit Hilfe einer ersten Rate im Jahre 1899 der Bau von drei Linienschiffen (C, D und E) und zweier kleiner Kreuzer C und D in Angriff genommen werden soll. Ebenso wird für eine weitere Torpedobootsdivision die erste Rate angefordert. Schlußraten für die artilleristische Armirung sind in Aussicht genommen für das Linienschiff „Kaiser Friedrich III." („Ersatz Preußen"), für die großen Kreuzer „Hertha", „Victoria Louise", „Freya", „Vineta" und „Hansa", für die Kanonenboote „Ersatz Wolf" und „Ersatz Habicht", sowie für eine Torpedobootsdivision; die artilleristische Armirung des großen Kreuzers „Fürst Bismarck" („Ersatz Leipzig"), des Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II." („Ersatz Friedrich der Große"), des Linienschiffes „Ersatz König Wilhelm", ferner der Linienschiffe A und B, des großen Kreuzers A, der kleinen Kreuzer A und B wird fortgesetzt, jedoch noch nicht vollendet, jene der Linienschiffe C, D und E, der kleinen Kreuzer C und D und eine Torpedobootsdivision in Angriff genommen. Die Torpedo-Armirung des Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II.", des großen Kreuzers „Fürst Bismarck" und eine Torpedobootsdivision gelangt zum Abschluß, jene des Linienschiffes „Ersatz König Wilhelm", des großen Kreuzers A, der kleinen Kreuzer A und B wird fortgesetzt, jene der Linienschiffe A und B, der kleinen Kreuzer C und D und einer Torpedobootsdivision wird begonnen.

⊙ **Berlin**, 17. November. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des **Bundesraths** wurde der Entwurf von Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

⊙ **Berlin**, 17. November. (Telegramm.) Die **Reichscommission für Arbeiterstatistik** trat heute Vormittag unter dem Vorsitz des Unterstaatssecretairs Fleck zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Berechnung der Auskunftspersonen über die Verhältnisse der in Gast- und Schankwirthschaften beschäftigten Personen, ferner die Feststellung des Berichts betreffs der Erhebungen über die Arbeitszeit in den Getreidemühlen und schließlich Ermittelungen über die Sonntagsarbeit in dem Binnenschifffahrts- und Flößereibetriebe, sofern der hierzu eingesetzte Ausschuß in der Lage ist, seinen Bericht zu erstatten. (Wiederholt und ergänzt.)

⊙ **Berlin**, 17. November. (Telegramm.) Die „N. A. Z." bezeichnet die in der Presse ausgesprochene Annahme, daß die **„Militärische und Politische Correspondenz"** zu amtlichen Stellen des Reiches Beziehungen habe oder zu halbamtlichen Mittheilungen seitens derselben benutzt werde, als unzutreffend. (Die „Mil. u. Pol. Corr." hatte an die Nachricht von dem bevorstehenden Besuche des Großherzogs von Baden am Münchener Hofe unziemliche, die Stellung Bayerns zum Reich betreffende Bemerkungen geknüpft. — Red.)

⊙ **Berlin**, 17. November. (Telegramm.) Der **Reichskanzler** ist gestern Abend aus Graudenz nach Berlin zurückgekehrt.

⊙ **Berlin**, 17. November. Wie die „Germania" mittheilt, wählte der in Frankfurt a. M. tagende **Centralausschuß** für die Generalversammlung der **Katholiken Deutschlands** den Grafen Droste-Vischering zum Vorsitzenden. Der nächste Katholikentag soll in Neiße abgehalten werden. Schließlich wurde ein Aufruf an die Katholiken Deutschlands für den Bau einer Marienkirche auf dem Berge Zion in Jerusalem, und zwar auf dem Grundstücke der „Dormition de la Sainte-Vierge" beschlossen.

B. **Berlin**, 17. November. (Privattelegramm.) Immer von Neuem tauchen in der Presse Zweifel an der Rückkehr des Generalmajors **Liebert** auf seinen Posten als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika auf. Die „Nat.-Ztg." wiederholt, daß dieselben unbegründet seien und daß sie tendenziös ausgesprengt würden. In einem Hamburger Blatte wurden sie vor einigen Tagen auf eine afrikanische Quelle zurückgeführt; die „Nat.-Ztg." glaubt aber, daß der Ursprung dieser Gerüchte in der Nähe zu suchen sei. Es gebe „Afrikaner", die es nicht verwinden könnten, in Afrika gescheitert zu sein.

— Seemannshäuser für die Unterofficiere und Mannschaften der kaiserlichen Marine. Vor nunmehr drei Jahren hat sich in Kiel unter dem Protectorate des Prinzen und der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen eine Gesellschaft gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, für die Mannschaften unserer kaiserlichen Marine Heimstätten zu schaffen, in denen dieselben nach ihrer Rückkehr von der Seereise und während ihres Aufenthaltes zu Lande eine Unterkunft und Zufluchtsstätte finden sollen. Bereits Ende 1896 wurde das erste Seemannshaus in Kiel eröffnet, welches sich einer täglich steigenden Frequenz erfreut. Die Gesellschaft will nunmehr an die Aufgabe herantreten, ähnliche Seemannshäuser in Wilhelmshaven und Kiautschau zu errichten und hofft hierbei auf die Unterstützung jedes patriotisch gesinnten Deutschen. Für diese beiden neuen Unternehmungen sind bereits ganz ansehnliche Schenkungen aus allen Kreisen eingegangen, doch ist die benöthigte Summe noch lange nicht erreicht. Bei der Wichtigkeit unserer Marine, welche dem deutschen Handel auf dem fernen Weltmeere Ansehen und Schutz gewährt, ist die Errichtung derartiger Seemannshäuser nur mit Freuden zu begrüßen und unsere großen Handelshäuser und alle Diejenigen, welche für unsere Marine direct interessirt sind, werden jedenfalls in erster Linie nicht säumen, dem jungen Unternehmen ihre Sympathien zuzuwenden. Jede, auch die kleinste Gabe wird dankbar angenommen. — Für Sachsen hat das Bankhaus Eduard Nachf. (Commerzienrath Victor Hahn), Dresden-A., Schloßstraße, eine Central-Sammelstelle übernommen.

* **Hamburg**, 16. November. Das hiesige Landgericht hatte die Frage zu entscheiden, ob der Berichtigungszwang des Pressgesetzes sich auch auf den Inseratentheil der Blätter bezieht. Während des Bäckerstreiks brachte der Inseratentheil des socialdemokratischen „Hamburger Echo" u. A. auch eine Anzeige der Streikleitung, in welcher die Namen solcher Meister aufgeführt wurden, welche die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt hatten. Der Obermeister der Bäckerinnung übersandte darauf eine Berichtigung, deren Aufnahme der Redacteur des „Echo" verweigerte. Das Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb zu einer Geldstrafe von 60 ℳ unter Anordnung der Aufnahme der Berichtigung im Inseratentheil. Auf die eingelegte Berufung erkannte das Landgericht, daß die Berichtigungspflicht sich auch auf den Inseratentheil erstrecke. Doch hob es nach § 19 Abs. 2 des Preßgesetzes die Strafe auf, da der Angeklagte die Aufnahme der Berichtigung lediglich im guten Glauben verweigert habe, hielt aber die Anordnung der Aufnahme der Berichtigung aufrecht.

W. **Stuttgart**, 16. November. Der Bericht der Commission der Ersten Kammer zur Verfassungsrevision liegt jetzt vor. Die Commission beantragt einstimmig, in die Berathung des Entwurfes einzutreten. In einer allgemeinen Vorbemerkung des Berichtes ist die Nothwendigkeit betont, verschiedene Möglichkeiten in der Entwickelung des politischen Lebens ins Auge zu fassen und sichernde Bestimmungen hierfür zu suchen; „Bestimmungen, die im heutigen politischen Leben vielleicht zu enderen wären, müßten getroffen werden, weil ein weiteres Anwachsen von Umsturzparteien nicht ausgeschlossen ist und zum Wohle und zur gedeihlichen Entwickelung des Landes eine gewisse Stabilität durchaus erforderlich ist." Die Commission beantragt: Wiederherstellung des königlichen Rechts zur Ernennung neuer erblicher Mitglieder der Ersten Kammer (nach dem Regierungsentwurf), Zustimmung zur Aufnahme von 6 Rittern und 6 kirchlichen Vertretern, Festsetzung der lebenslänglichen Mitglieder der Ersten Kammer auf 9. Bezüglich der Zusammensetzung der Zweiten Kammer erhebt die Commission keine Einsprüche; der ergänzenden Proportionalwahl wird im Allgemeinen zugestimmt. Mit der Abschaffung der Stichwahlen ist die Commission einverstanden. Die wichtige Frage des Budgetrechtes will die Commission so regeln, daß jeder Ausgabetitel in der Zweiten Kammer einzeln durchberathen wird und dann an die Erste Kammer gelangt; bei Differenzen entscheidet die Zweite Kammer. Die Einnahmetitel sollen in gleicher Weise durchberathen werden; ergeben sich hier Unterschiede zwischen beiden Beschlüssen, so sollen die Titel bis zu der Höhe genehmigt werden, soweit gleiche Anschreibung in beiden Häusern besteht. Am Schlusse der Berathungen findet die Gesammtabstimmung statt; ergeben sich hier zwischen beiden Häusern Differenzen, so werden die vereinenden und bejahenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt und nach der Mehrheit sämmtlicher Stimmen wird dann entschieden.

* **Stuttgart**, 16. November. Die württembergische Kammer wird sich demnächst abermals mit der Frage der Anstellung von Fabrikinspectorinnen zu befassen haben. Bis dahin ist, wie die Arbeiterinnenzeitung „Die Gleichheit" meldet, der geplante Cursus für die Ausbildung von Fabrikinspectorinnen in Stuttgart verschoben worden. — Der Staatssecretair des Reichspostamtes v. Podbielski wurde heute vom König empfangen und mit seinen Begleitern zur Tafel gezogen. Die Abreise nach Berlin erfolgt heute Abend.

* **München**, 16. November. Die nach den jüngsten Postconferenzen auszuarbeitende Reichspostnovelle bringt der „Frankf. Ztg." zufolge eine Erhöhung des Briefgewichts auf 20 Gramm und die Ablösung und das Verbot der Privatposten. Ob ein vollständiges Verbot beabsichtigt wird, ist noch ungewiß. Die „M. N. N." hören in der Sache noch, daß der Postzeitungstarif mit Rücksicht auf die Häufigkeit des Erscheinens und das Gewicht umgestaltet werden soll. Die Privatposten sollen gegen entsprechende Entschädigung aufgehoben werden. Man sei zu der Ansicht gekommen, daß eine Hinausziehung bei der bevorstehenden Einführung solcher Anstalten auch in mittelgroßen Städten mit der Zeit eine eventuelle Ablösungssumme ins Ungemessene steigern würde und deshalb schon jetzt gehandelt werden müsse. — Mit Schluß des Monats October hat das Münchener Arbeitsamt eine dreijährige Thätigkeit hinter sich. Es wurden in diesen drei Jahren von Arbeitgebern und Dienstherrschaften 100 794 (58 705 männliche, 42 089 weibliche) Arbeitskräfte gesucht, 144 328 (95 187 männliche, 49 141 weibliche) Gesuche um Zuweisung von Arbeit eingeschrieben und 83 822 (52 128 männliche, 31 694 weibliche) Stellen besetzt. Wahrlich ein stattlicher Erfolg!

Oesterreich-Ungarn.

Tschechische Querelen; Handelsmarine.

* **Wien**, 17. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Thun beantwortete die Interpellation Spindler's über den Vorgang, daß in Tburn bei Teplitz eine gedruckte Proscriptionsliste zum Zwecke der Boycottirung derjenigen Tschechen verbreitet worden sei, die um die Errichtung einer tschechischen Schule in Thurn nachgesucht hatten. Er wies auf das bedauerliche Uebergreifen des Nationalitätenstreits auf das wirthschaftliche Gebiet hin und sagte, die Regierung, die diese Bewegung auf das Schärfste verurtheile, widme ihr ihre volle Aufmerksamkeit. Es seien die strengsten Weisungen an die Behörden erlassen und die bezeichnete Druckschrift sei mit Beschlag belegt worden. Die Behörden würden Alles aufbieten, um die jedes humanitäre Empfinden verletzenden, aufs Tiefste zu beklagenden Erscheinungen nationaler Unduldsamkeit thunlichst hintanzuhalten und unter Umständen entsprechend zu ahnden. Das Haus nahm hierauf die Anträge des Budgetausschusses an, in denen die Regierung aufgefordert wird, sofort einen Gesetzentwurf dahingehend einzubringen, daß die im Gesetze vom Jahre 1883 vorgesehenen Begünstigungen für die österreichische Handelsmarine auf weitere fünf Jahre ausgedehnt werden. Ferner sollen Vorschläge eingebracht werden auf Gewährung von Prämien zur Hebung der kleinen Küstenschifffahrt, mit einem Antrage des Abgeordneten Freiherrn v. Schwegel, daß Schiffahrtsprämien und Reisezuschüsse auf alle Fahrten österreichischer Schiffe Anwendung finden können, die sich auf staatlich unterstützte Linien beziehen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Schiffe bereits einem vom Staate unterstützten Unternehmen angehören oder nicht. Sodann setzte das Haus die Debatte über die Anklageanträge gegen Badeni fort.

Das tschechische Technikum.

* **Brünn**, 16. November. Der Gemeindeausschuß faßte einstimmig einen Beschluß, der alle deutschen Abgeordneten auffordert, mit allen Mitteln der Errichtung eines tschechischen Technikums in Brünn entgegenzuwirken, dagegen für die Errichtung einer deutschen Universität einzustehen. (Wgrb. Ztg.)